

Pressemitteilung von Sigrid Hupach

16.10.2014

Koalition verschläft versprochene Anschlussregelung zum Arbeitslosengeld I für überwiegend kurzfristig Beschäftigte

Es steht im Koalitionsvertrag: „Insbesondere wird die Koalition nach Ablauf der aktuellen Regelung zum Arbeitslosengeld I-Bezug für überwiegend kurzfristig Beschäftigte, die auch für viele Kulturschaffende von hoher Bedeutung ist, Ende 2014 eine Anschlussregelung einführen, die den Besonderheiten von Erwerbsbiographien in der Kultur hinreichend Rechnung trägt.“

Gerade die SPD verwies nach den Verhandlungen stolz auf diesen Passus. Der Vertrag trage gerade bei der sozialen Absicherung der Kreativen ihre Handschrift. Aber jetzt, wo es dringend an der Zeit ist, eine solche Anschlussregelung vorzulegen, damit die davon betroffenen Kulturschaffenden im Januar auch noch ihr Geld erhalten können, steht allein der Antrag (Drs.-Nr.: 18/2786) der Fraktion DIE LINKE „Kurzzeitig Beschäftigten vollständigen Zugang zur Arbeitslosenversicherung ermöglichen“ auf der Tagesordnung des Plenums.

Wir fordern die Rahmenfrist für die Anwartschaft von zwei auf drei Jahre zu verlängern und die Anwartschaftszeit generell auf sechs Monate zu verkürzen. Auch die Regelung zur Verdienstgrenze, an der viele scheitern, soll aufgehoben werden. Die Koalition hat ihr eigenes Versprechen verschlafen. Und schickt Frau Grütters vor, eine eilens geschaffene Verlängerung der bis jetzt geltenden Regelung, verpackt in ein sog. Omnibusgesetz, verhandelt heute zu nachtschlafender Zeit, als Erfolg zu verkaufen.

Zwar kann die Koalition so die Blamage abwenden, dass ab Januar die Ämter kein Geld mehr auszahlen. Dass es aber nicht möglich war, binnen eines Jahres eine vernünftige Anschlussregelung zu Papier zu bringen, ist und bleibt ein Armutszeugnis!